



# Presse-Info.

LAbg. Leo Radakovits (0664/2142790)  
LAbg. Walter Temmel (0664/1205046)

26. Feber 2009

## Radakovits/Temmel: SPÖ soll mehr Einsatz für Region statt für eigene Partei zeigen

Beispiel Strem zeigt: Boykott- und Bestrafungspolitik ist kontraproduktiv

**Güssing. "In schwierigen Zeiten braucht unser Bezirk mehr sachliche Zusammenarbeit und weniger SPÖ-Parteitaktik. Ob Pflegeheim Strem, Ökoenergienutzung, Tourismus, Josefinum Eberau oder viele andere Beispiele: Es zeigt sich, dass es den Menschen und unserer Region überhaupt nichts bringt, wenn sinnvolle Projekte aus willkürlichen Motiven boykottiert werden. Wir bieten daher weiterhin unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit an", stellten LAbg. Leo Radakovits und LAbg. Walter Temmel bei einer gemeinsamen Pressekonferenz fest.**

"Am Beispiel des Pflegeheims Strem zeigt sich, dass sachorientierte Lösungen im Sinne der Heimbewohner und der Gemeinde gefragt sind. Das Heim ist ein soziales Vorzeigeprojekt mit Modellcharakter. Es sollte unterstützt statt ruiniert werden. Ich appelliere an die SPÖ, ihre parteipolitisch motivierte Position zu verlassen und sich konstruktiv zu beteiligen. Niemand kann wollen, dass in letzter Konsequenz 60 Heimbewohner auf der Straße stehen und 40 Arbeitsplätze verloren sind", sagte Radakovits.

### Sozial denken statt sozialistisch

"Strem selbst arbeitet intensiv an einer Lösung. Die Gemeinde wird Liegenschaften veräußern und verhandelt auch mit Sozialorganisationen, die das Heim mieten wollen. Völlig kontraproduktiv wäre es, wenn die SPÖ-Mitglieder der Landesregierung in dieser Phase die einige Jahre alten Genehmigungen für Kredite zurückziehen würden. Das würde die Sanierungsbemühungen zunichtemachen und wäre obendrein juristisch nicht haltbar, wie auch Verfassungsexperte Heinz Mayer in einem aktuellen Rechtsgutachten bestätigt", fügte Radakovits hinzu.

### Ungleichbehandlung: Mörbisch wurde gerettet - Strem soll ausgehungert werden

Im Gegensatz dazu hat das Land anderen Gemeinden, die in finanzieller Bedrängnis waren, keine Kreditzusagen nachträglich entzogen. "Im Gegenteil: Mörbisch, Jois und Markt St. Martin wurde seinerzeit vom Land in gemeinsamem Bemühen geholfen", erinnerte Radakovits an Vergleichsfälle aus den vergangenen Jahren.

Als beispielsweise Mörbisch 2005 große Probleme hatte (die gemeindeeigene Seebadgesellschaft hatte 5,2 Mio. Euro Schulden), haben ÖVP und SPÖ gemeinsam eine Lösung gesucht. Das Land hat damals um 1,6 Mio. Euro Grundstücke von der Gemeinde gekauft, um sie zu retten.

### Veralteter Landesplan nimmt auf steigenden Pflegebedarf keine Rücksicht

Auslöser der derzeitigen Situation ist die Tatsache, dass das Heim von der Landesregierung keine finanziellen Tagsätze für alle Heimbewohner zuerkennt bekommt. "Wenn Landesrat Rezar diese Tagsätze für alle Bewohner genehmigt, ist die wichtigste Voraussetzung zur kostendeckenden Führung geschaffen", stellte Radakovits fest.

Leider beruhe die Verweigerung auf einem veralteten Bedarfsplan des Landes. Dass der erhöhte Pflegebedarf sehr wohl gegeben ist, sieht man daran, dass alle Heime im Bezirk ausgelastet sind und

ein neues Heim in Olbendorf bereits geplant ist. Für Olbendorf hat Rezar sogar bereits vor Baubeginn eine Tagsatzvereinbarung gewährt.

### **"Ökoenergieland": Tourismus-Investitionen nicht blockieren**

Wie kontraproduktiv eine Blockadepolitik sein kann, zeigt sich auch am Beispiel des Vereins "Ökoenergieland". Dieser Zusammenschluss von 10 Gemeinden und vielen Mitgliedsbetrieben aus dem Bezirk Güssing hatte um eine Förderung von 600.000 Euro angesucht, um das Angebot für Öko-Touristen im Bezirk weiter auszubauen.

"Obwohl das Wirtschaftsministerium das Projekt befürwortet hat, lehnte die burgenländische SPÖ das Projekt ab. Damit verfallen auch die 45.000 Euro Förderungen, die der Bund bereits zugesagt hat. Landesrätin Dunst hat dabei die entscheidende Rolle gespielt und für die Blockade in der Landesregierung gesorgt", erinnerte Radakovits. Er appellierte an die SPÖ, diese Förderzusage nicht weiter zu verhindern. Gerade in Zeiten der Krise sei es verkehrt, Investitionen zu verhindern, die die wirtschaftliche Situation im Bezirk Güssing beleben würden.

### **Landwirtschaftliche Investitionsförderungen auf Eis gelegt**

Ähnliches gilt für die landwirtschaftlichen Investitionsförderungen. "Allein aus dem Bezirk Güssing liegen Förderansuchen in der Gesamthöhe von einer Million Euro auf Eis, weil sie seit September von der SPÖ in der Landesregierung nicht behandelt werden", berichtete Temmel. "Dabei könnten durch diese Mittel Arbeitsplätze und Wertschöpfung direkt in der Region gesichert werden."

Gerade die wirtschaftlich schwächste Region des Landes wäre auf Impulse seitens des Landes angewiesen. Nachdem diese Impulse entweder ausgeblieben sind oder blockiert wurden, setzen die Gemeinden auf Eigeninitiative. Dabei sollten sie unterstützt und nicht gehindert werden, so Temmel.

### **Steuer-Mindereinnahmen bedrohen kommunale Entwicklung im Bezirk**

"Gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit muss die Politik darauf bedacht sein, Projekte zu fördern, die aus den Regionen kommen. Die Rahmenbedingungen werden ohnehin immer schlimmer. So lassen die neuesten Prognosen für die 28 Gemeinden des Bezirks Güssing für 2009 ein Minus bei den Steuereinnahmen von 1,3 Millionen Euro gegenüber 2008 erwarten. Zusätzlich belastet uns der Rückgang der Bevölkerungszahl", erläuterte Radakovits.

Er fordert Finanzlandesrat Bieler auf, rasch die zugesagte Ausgleichszahlungen zu leisten, die jenen Gemeinden zugesagt wurden, die ein Bevölkerungsminus verzeichnen. Der strukturschwache Bezirk kann nicht weitere massive finanzielle Einschränkungen hinnehmen. Eingeengt wird der Spielraum der Gemeinden auch dadurch, dass heuer ihre Beiträge zur Sozialhilfe um 2,3 %, zur Behindertenhilfe um 10 % und zur Jugendwohlfahrt um 7 % steigen werden.

### **Parteikennntnis statt Fachkenntnis: Schlosser und Straßenbauer betreuen Milchkühe**

"Alles stets nur durch die parteipolitische Brille zu sehen, wie es die SPÖ tut, führt letztlich zu nichts. Das zeigt sich auch an besonders skurrilen Beispielen der Personalbesetzung. So wurde zuletzt an der Landwirtschaftlichen Fachschule Güssing auf Veranlassung der SPÖ-dominierten Landespersonalverwaltung ein Schlosser angestellt, der für die Betreuung der Milchkühe zuständig ist. Vor ihm hat bereits ein Straßenbauarbeiter nach nur einem Monat das Handtuch geworfen, der mit der Viehwirtschaft ebenfalls nicht vertraut war. Und das alles passierte ohne Ausschreibung", so Temmel.

### **Objektivierung gescheitert - Neues Gesetz wird SPÖ-Parteidruck noch verschärfen**

Bei der Besetzung von Schuldirektorsposten sind wir mittlerweile schon so weit, dass immer mehr gute Kandidaten, die nicht zur SPÖ angehören, schon von vornherein auf eine Kandidatur verzichten. Diese Praxis wird sich noch verschärfen, wenn das neue Objektivierungsgesetz so in Kraft tritt, wie es die SPÖ vorhat. Demnach soll für die Aufnahme in den Landesdienst künftig gar kein Objektivierungsverfahren mehr durchgeführt werden, wenn der Bewerber aus einem landesnahen Unternehmen kommt. Das rote Postenkarussell wird sich dann noch ungehinderter weiterdrehen.